

Mi, 13. Mai. 2015
Super Mittwoch Übach-Palenberg / Seite 13

Bund und Land sollen sich engagieren

Vertreter der Kommunen aus dem Regierungsbezirk trafen sich gestern

Übach-Palenberg. Die drastische Zunahme bei Asylsuchenden in diesem Jahr erweist sich als die zentrale Herausforderung an Städte und Gemeinden. Diese wüssten bald nicht mehr, wo sie die Neuankommenden noch unterbringen sollen. Dabei habe Deutschland immer mehr unter einem Ungleichgewicht bei der Verteilung der Flüchtlinge zu leiden. „Es muss auf europäischer Ebene über eine Reform der Dublin-Verordnung nachgedacht werden“, erklärte StGB

NRW-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernd Jürgen Schneider am gestrigen Dienstag in Übach-Palenberg auf einer Veranstaltung des Verbandes für die Mitgliedskommunen im Regierungsbezirk Köln.

Schnelle Ausweitung nötig

Auch Äußerungen, dass Deutschland noch mehr Flüchtlinge aufnehmen oder länger hier Lebenden einen legalen Aufenthaltsstatus gewähren könne, seien extrem kontraproduktiv. „Stattdessen brauchen wir eine schnelle und massive Ausweitung der Plätze in Landeseinrichtungen sowie dauerhaft mehr Geld von Bund und Land“, umriss Schneider die Kernforderungen der Kommunen. Die Asylverfahren müssten beschleunigt, und die abgelehnten Asylsuchenden müssten rascher in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Auch für extrem hohe Krankheitskosten dieser Personen sowie für die Kosten der geduldeten Asylsuchenden müsse das Land aufkommen. „Wir können nicht mit kommunalen Mitteln die wirtschaftlichen Probleme der ganzen Welt lösen“, machte Schneider deutlich. Gelingen es nicht, die Versorgung von Asylsuchenden zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu machen, drohe die bisher vorbildliche Willkommenskultur zusammenzubrechen. Bereits jetzt rege sich vereinzelt Protest von Sportvereinen, die mit Flüchtlingen belegte Sporthallen auf absehbare Zeit nicht nutzen können. Die Herausforderungen bei der Flüchtlingsversorgung treffen auf eine weiterhin schwierige Situation der Kommunalfinanzen. Nach einem leichten Plus im Jahr 2013 rutschten die NRW-Kommunen 2014 bei Einnahmen und Ausgaben wieder mit 1,5 Mrd. Euro ins Minus. Grund – so Schneider – seien explodierende Sozialausgaben sowie ein steigender Sachaufwand. Die Kassenkredite seien auf einem neuen Rekordstand von 26,6 Mrd. Euro angewachsen. Auch die aktuelle Haushaltsumfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW zeige, dass die strukturelle Unterfinanzierung der NRW-Kommunen sich noch verschärft habe.